

Berufsbildungsk Kooperation aus einer Hand

Statements der Bundesressorts zur gemeinsamen Strategie der Bundesregierung und zur Arbeit des »Runden Tisches«

Die internationale Berufsbildungsk Kooperation hat sich in den vergangenen Jahren intensiviert und ausdifferenziert. Unterschiedliche Bereiche sind dabei involviert: Neben bildungspolitischen Fragestellungen spielen gleichermaßen Fragen der Entwicklungs- und Außenpolitik wie auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Überlegungen eine Rolle. Mit der im Juli 2013 verabschiedeten gemeinsamen Strategie der Bundesregierung zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand wurde im Oktober 2013 ein »Runder Tisch« eingerichtet und die Zentralstelle für Internationale Berufsbildungsk Kooperation (GOVET) ins Leben gerufen. Hier soll die Expertise ressort- und organisationsübergreifend gebündelt und sollen damit deutsche Aktivitäten in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit kohärent weiterentwickelt und profiliert werden. Wie dies erfolgt, veranschaulichen die Statements der Staatsministerin und der Staatssekretäre aus den Bundesministerien.

BWP Frau Professor Böhmer, welche Schwerpunkte setzt das Auswärtige Amt in der internationalen Zusammenarbeit, und wie bringen Sie diese in die Gesamtstrategie ein?
BÖHMER Die internationale Berufsbildungspolitik ist eng mit unserer Außenwirtschaftsförderung verbunden. Im Vordergrund stehen die Bewältigung des Fachkräftemangels der deutschen Wirtschaft vor Ort und auch in Deutschland, die Bekämpfung der erschreckend hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen Teilen der EU und die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern, die den Wert beruflicher Qualifizierung immer häufiger für sich entdecken. Das Auswärtige Amt arbeitet dabei eng mit den anderen Ressorts zusammen. Wir kümmern uns vor allem um die außenpolitische und rechtliche Flankierung der Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir fördern Berufsbildungsinitiativen in vielen Ländern, »Ausbildungspartnerschaften«, betreiben vor Ort Öffentlichkeitsarbeit

und richten zusammen mit den Auslandshandelskammern »Runde Tische« ein. Es geht dabei immer auch darum, bei den Unternehmen in den Gastländern Überzeugungsarbeit zu leisten, dass sich Investition in Ausbildung lohnt. Ergänzende Berufsbildungszweige an deutschen Auslandsschulen können zudem helfen, das duale System in einem Land zu verankern.

Durch die von GOVET bereitgestellte Präsentation ist den Auslandsvertretungen ein gutes Instrument für eine Erstberatung vor Ort an die Hand gegeben worden.

»Unsere Botschaften und Generalkonsulate sind oft erster Ansprechpartner, wenn es darum geht, sich über das duale Berufsbildungssystem zu informieren oder Kooperationen anzubahnen.«



Foto: Laurence Chapman

PROF. DR. MARIA BÖHMER, Staatsministerin im Auswärtigen Amt (AA)

Die Berichterstattung unserer Auslandsvertretungen zum Thema Berufsbildung kann innerhalb des Netzwerks des »Runden Tisches« von allen genutzt werden. Die Bewertung der Einbettung von Berufsbildung in den bilateralen Beziehungen zu den Gastländern ist wichtig, um vor Ort konkrete Initiativen durchführen zu können. Nur wenn wir wissen, was das Gastland in diesem Bereich wirklich erreichen will, können wir sicherstellen, dass hier tragfähige Strukturen geschaffen werden. Mit »Projektitis« und Insellösungen ist niemandem gedient.

BWP Herr Dr. Schütte, welche Schwerpunkte setzt das für die Berufsbildung federführende Bundesministerium in der internationalen Kooperation?

SCHÜTTE Spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise legen wir in der Berufsbildungszusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern einen Schwerpunkt darauf, die Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu verbessern.

Der Ansatz des BMBF zielt dabei auf nachhaltige Reformen in den Berufsbildungssystemen. Wir wissen, dass wir die Beschäftigungschancen junger Menschen mittel- bis lang-

fristig vor allem dann erhöhen, wenn wir Reformen anstoßen, die sich am dualen Berufsbildungssystem orientieren. Die OECD hat im vergangenen Jahr seine eindrucksvolle Leistungsfähigkeit beim Übergang von der Ausbildung ins Arbeitsleben unterstrichen: Dieser verlaufe in Deutschland »bemerkenswert reibungslos«, hieß es im Deutschlandbericht der Studie »Skills beyond School«. Vor diesem Hintergrund haben wir bereits im Dezember 2012 Maßnahmen der bilateralen Berufsbildungsk Kooperation mit den Ländern Griechenland, Italien, Lettland, Portugal, Slowakei und Spanien ergriffen und Kooperationsvereinbarungen geschlossen.

Darüber hinaus ist unsere Zusammenarbeit mit außereuropäischen Staaten auch wirtschaftspolitisch motiviert. Wenn wir Partnerstaaten wie Brasilien, Indien oder China eine strukturelle Beratung anbieten und grenzüberschreitend Know-how weitergeben, dient das auch dem Ziel, den Fachkräftebedarf der deutschen – insbesondere mittelständischen – Wirtschaft zu decken. Dem Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften, den deutsche Unternehmen sowohl hierzulande als auch im Ausland beklagen, können wir beispielsweise durch die Förderung berufsbildender Maßnahmen im Ausland begegnen.

Unsere Gesamtstrategie der Zusammenarbeit basiert auf einem gegenseitigen Lern- und Erfahrungsaustausch. Dabei geht es darum, die Prinzipien des dualen Systems im jeweiligen Partnerland an dessen Rahmenbedingungen anzupassen und zu verwirklichen. Uns ist es daher auch besonders wichtig, dass die Partnerländer die Berufsbildungsstrategien, die wir gemeinsam mit ihnen erarbeiten, selbstständig umsetzen und nachhaltig weiterentwickeln. Da das BMBF das federführende Ressort für die Berufsbildung ist, hat es die Verantwortung für den Runden Tisch und die im BIBB angesiedelte Zentralstelle GOVET übernommen.

BWP Bleiben wir zunächst noch bei den europäischen Partnerländern. Herr Asmussen, hier setzt auch das Bundesarbeitsministerium seinen Schwerpunkt.

ASMUSSEN Richtig. Mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist das Interesse unserer europäischen Partner insbesondere an den Maßnahmen zum Übergang zwischen Schule und Beruf sowie der Arbeits- bzw. Ausbildungsvermittlung sehr hoch. Vor diesem Hintergrund haben wir bilaterale sogenannte Memoranda of Understanding mit den Beschäftigungsministerien in Italien, Spanien und Portugal geschlossen. Ziel ist die bilaterale Zusammenarbeit zur Förderung und Unterstützung insbesondere der Jugendbeschäftigung beispielsweise durch die Förderung von Mobilität oder den Austausch bewährter Praktiken. Aktivitäten in diesem Rahmen werden durch Anfragen

der Kooperationsländer eingeleitet und länderspezifisch umgesetzt. Dabei arbeitet das BMAS eng mit der Bundesagentur für Arbeit zusammen. Die bilaterale Kooperation soll in den kommenden Jahren fortgeführt und bei Interesse von anderen Mitgliedstaaten ausgeweitet werden. Auch im internationalen Kontext können Memoranda of Understanding eine wichtige Rolle spielen. Das BMAS kann im Bereich Übergang Schule – Beruf Expertise bieten. Im G20 Arbeitsministerprozess spielt das Thema Jugendbeschäftigung ebenfalls eine hervorgehobene Rolle. Hier steht vor allem der Austausch von best practice bei der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit im Vordergrund.

BWP Herr Dr. Kitschelt, welche Rolle spielt die Berufsbildung in der Entwicklungsarbeit?

KITSCHELT In der Entwicklungszusammenarbeit ist Deutschland der größte bilaterale Geber weltweit in der beruflichen Bildung. Die Zusagen des Entwicklungsministeriums belaufen sich im Jahr 2014 auf rund 160 Mio. Euro. Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Entwicklung von praxisorientierten, am Bedarf der Wirtschaft angepassten Berufsbildungssystemen. Wir engagieren uns dabei insbesondere bei der Qualifizierung im informellen Sektor, bei der Bildungsfinanzierung, im ländlichen Raum sowie im Kontext von Fragilität und Migration und achten auf die Gleichberechtigung der Geschlechter.

»In der entwicklungspolitischen Bildungszusammenarbeit werden Kompetenzen und Kapazitäten unserer Partner zur Reform ihres Berufsbildungssystems nachhaltig aufgebaut.«

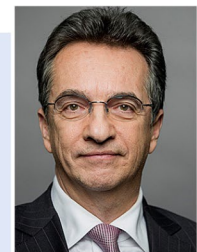


Foto: Bundesregierung/Benzel

DR. FRIEDRICH KITSCHELT, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Gemeinsam mit unseren Partnern entwickeln wir einen konsistenten Rahmen für berufliche Bildung, stärken Institutionen, verbessern Inhalte der beruflichen Bildung und tragen somit zur Sicherung und Steigerung von produktiver und breitenwirksamer Beschäftigung bei.

Die Expertise unserer langjährigen Berufsbildungszusammenarbeit bringen wir in die Strategie der Bundesregierung zur internationalen Berufsbildungsk Kooperation aktiv ein. Dies geschieht im Rahmen eines regelmäßigen Austausches unter anderem am »Runden Tisch für internationale Berufsbildungsk Kooperation«, durch Entsendung von Fachkräften zur Zentralstelle GOVET sowie durch abgestimmtes Handeln mit deutschen Akteuren in den verschiedenen Kooperationsländern. Die langjährigen Erfahrungen unserer Durchführungsorganisationen, der Gesellschaft für In-

ternationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), tragen ebenfalls dazu bei, die etablierten Netzwerke vor Ort zu nutzen und den Zugang für die Partner zur Kooperation in der Berufsbildung zu öffnen.

BWP Herr Machnig, welche Akzente setzt das Wirtschaftsministerium in der gemeinsamen Strategie der Bundesregierung?

MACHNIG Das BMWi unterstützt im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit die Aktivitäten deutscher Unternehmen zur Erschließung und Sicherung ausländischer Märkte. Dabei steht das BMWi in regelmäßigem Dialog mit in- und ausländischen Institutionen, die mit Außenwirtschaftsthemen befasst sind. Dieser Dialog hat – neben der Pflege der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen – auch die außenwirtschaftspolitische Förderung deutscher Unternehmen im Ausland zum Ziel.

Wichtige Gremien zum Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind dabei die zwischen den Regierungen der Partnerstaaten vereinbarten Gemischten Wirtschaftskommissionen. »Gemischt« heißt in diesem Zusammenhang, dass sowohl Vertreter der Regierungen als auch der interessierten Wirtschaft (Verbände und Unternehmen) an den regelmäßigen Veranstaltungen teilnehmen. Die Themenpalette dieser Gremien umfasst in erster Linie:

- die Förderung des Warenverkehrs zwischen den Wirtschaftspartnern,
- die Intensivierung der gegenseitigen Investitionsbeziehungen sowie

- die Verstärkung des Technologie-Transfers.

In jüngerer Zeit wird im Rahmen der Gemischten Wirtschaftskommissionen auch Interesse an dem deutschen dualen System der Berufsbildung geäußert. Diese Anfragen werden an die Zentralstelle GOVET bzw. den »Runden Tisch« herangetragen.

BWP Herr Dr. Schütte, welchen spezifischen Nutzen für Ihr Ressort sehen Sie in der Einrichtung des »Runden Tisches« im ersten Jahr?

SCHÜTTE An erster Stelle stehen Transparenz und Kohärenz. Unser Berufsbildungssystem ist in seiner Vielzahl von sich überschneidenden Politikfeldern und Akteuren recht komplex. Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Kammern, der Gewerkschaften, der Fachministerien, des Auswärtigen Amts und der Entwicklungszusammenarbeit, Ausbilder, Lehrkräfte und Berufsbildungsforscher, sie alle arbeiten im Ausland kontinuierlich mit an der Verbesserung der Berufsbildungssysteme. Sie alle bringen auch – bei grundsätzlich hohem Konsens – immer wieder unterschiedliche Perspektiven ein. Das ist gut und in der Regel auch sehr fruchtbar. Dennoch ist uns wichtig, dass wir nach außen kohärent auftreten – besonders bei anhaltend hohem Interesse aus dem Ausland. Zum Beispiel sollen sich idealerweise der Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit und der systemische Reformansatz des BMBF ergänzen. Der »Runde Tisch« als Abstimmungsgremium hilft hier, um mit einer Stimme gegenüber dem Partnerland aufzutreten und unseren Partnerländern eine kohärente Zusammenarbeit anbieten zu können.

Abbildung

Der Runde Tisch zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit



GOVET hat die Geschäftsstellenfunktion für den Runden Tisch zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit, der in regelmäßigen Abständen auf Staatssekretärs-, Ressort- und Arbeitsebene zusammenkommt. Ziel ist es, die Strategie der Bundesregierung zur

internationalen Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand umzusetzen und die Expertisen der unterschiedlichen Akteure zu bündeln. Weitere Informationen: www.bibb.de/de/govet_2353.php



Foto: Bundesregierung/Denzel

»Wir wollen, dass sich unsere Perspektiven und Ansätze in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit ergänzen und nicht doppeln.«

DR. GEORG SCHÜTTE, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

BWP Wie kann man sich das konkret vorstellen?

SCHÜTTE Der »Runde Tisch« hat innerhalb kurzer Zeit dafür gesorgt, dass sich die Akteure gegenseitig informieren. Das schafft die Grundlagen für eine echte Kooperation: So führen beispielsweise GIZ und BIBB gemeinsam im Auftrag des BMZ und des BMBF in Indien und Mexiko Prüfmissionen durch.

KITSCHALT Die Abstimmung der deutschen Akteure ist auch für das BMZ ein sehr wichtiges Anliegen. Der »Runde Tisch« mit seinen unterschiedlichen, regelmäßig stattfindenden Formaten auf Arbeits-, Ressort- und Staatssekretärebene ist hierzu ein geeignetes und wirkungsvolles Mittel. Durch sie werden Austausch und Koordinationsanstrengungen der verschiedenen deutschen Akteure, insbesondere der Bundesressorts, erleichtert und gefördert. Für unsere Partner vor Ort wird dadurch gewährleistet, dass Deutschland mit seinen unterschiedlichen Akteuren abgestimmt auftritt.

Neben den bereits erwähnten möglichen Berufsbildungsvorhaben in Mexiko und Indien ist noch ein weiteres mit Südafrika zu erwähnen, wo wir mit anderen Bundesressorts im Austausch stehen und uns eng abstimmen. Die regelmäßig stattfindenden Ländergespräche mit dem BMBF auf Arbeitsebene unterstützen zusätzlich diesen Prozess. Insgesamt bilden die »Runden Tische« einen wichtigen Baustein für das abgestimmte und wirkungsvollere Auftreten der Bundesressorts in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit und erhöhen somit die Wirksamkeit von beruflichen Bildungsvorhaben in den Partnerländern.

BWP Herr Machnig, welche konkreten Entwicklungen können Sie aus Sicht Ihres Ressorts nennen?

MACHNIG Anlässlich der vierten Sitzung der deutsch-algerischen Gemischten Wirtschaftskommission im März 2014 wurde von algerischer Seite das intensive Interesse am dualen System erneuert und konnte konkretisiert werden. GOVET hat im Einvernehmen mit dem BMBF ein Portfolio an Instrumenten angeboten, die dazu dienen können, praxisbasierte, kooperative Formen der Berufsausbildung in Algerien zu entwickeln und zu erproben.

Weiterhin wird die Meinungsbildung innerhalb der Ressorts hinsichtlich der Erweiterung der rechtlichen Mög-

lichkeiten zur Ausbildung von Jugendlichen aus Drittstaaten in Deutschland begrüßt. Das BMWi hat hierzu im April dieses Jahres eine Studie veröffentlicht: »Wirkungsanalyse des rechtlichen Rahmens für ausländische Fachkräfte«. Da Ausbildungsbetriebe in bestimmten Berufen bereits heute einen erheblichen Mangel an Auszubildenden feststellen, sollte im Ressortkreis u.a. Einvernehmen hergestellt werden, wie der Zuzug ausländischer Auszubildender erleichtert werden kann.

ASMUSSEN Auch aus Sicht des BMAS ist das Interesse unserer internationalen Partner an der deutschen Berufsausbildung und den Maßnahmen am Übergang von der Schule in den Beruf deutlich spürbar. Hier ist die Kooperation im Rahmen des »Runden Tisches« für das BMAS besonders fruchtbar: Der Austausch und die Bündelung von Aktivitäten verhelfen uns dazu, gemeinsam zu einem erfolgreichen Ergebnis zu kommen und gemeinsame Lösungen zu finden. Die Einrichtung des »Runden Tisches« hat dazu beigetragen, die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Internationalen Berufsbildungskoooperation erstmals unter einem Dach zu bündeln und den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren der Berufsbildungskoooperation im Interessensspektrum von Bildungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Migrations-, Außen- und Entwicklungspolitik zu fördern. Hiervon können alle Beteiligten nur profitieren.

»Der »Runde Tisch« bietet uns die Möglichkeit, die Internationale Berufsbildungskoooperation ressortübergreifend strategisch abzustimmen und weiterzuentwickeln. Das schafft Synergieeffekte!«



Foto: ddpimages/Timur Emek

JÖRG ASMUSSEN, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

BWP Welchen spezifischen Nutzen sehen Sie in der Einrichtung des »Runden Tisches«, Frau Professor Böhmer?

BÖHMER Die Berufsbildungspolitik hat sich in den letzten Jahren immer stärker zu einem Querschnittsthema mit starkem Auslandsbezug entwickelt. Damit befasst sind verschiedene Ressorts, die gesamte Wirtschaft, Unternehmen, Gewerkschaften, die Bildungswirtschaft, Schulen, politische und soziale Stiftungen und viele andere. Im Ausland müssen diese unterschiedlichen Akteure aus Deutschland möglichst mit einer Stimme sprechen und koordiniert vorgehen. Dazu dient der »Runde Tisch«.

Das Auswärtige Amt war treibende Kraft bei seiner Einrichtung. Der »Runde Tisch« hat sich unseres Erachtens hervorragend bewährt. Er gibt uns die Möglichkeit, Projektvorschläge und Anfragen aus dem Ausland konkret allen Akteuren vorzuschlagen und gemeinsam auf ihre Realisier-

barkeit zu prüfen. Über GOVET und den »Runden Tisch« ist es möglich, die Informationen und Anfragen aufzubereiten und entsprechend qualifiziert an die Akteure weiterzuleiten.

BWP Können Sie uns ein konkretes Beispiel nennen?

BÖHMER Als Beispiel einer ausgesprochen gelungenen ressortübergreifenden Abstimmung kann die Kooperation mit Ecuador angeführt werden. Die ecuadorianische Regierung plant eine flächendeckende Einführung des dualen Systems. Sie hat die entsprechenden gesetzlichen Regelungen auf den Weg gebracht und beabsichtigt, 310 Mio. US-Dollar für den Bau von 15 neuen Berufsschulen und die Neuausstattung von 25 Bildungszentren in die Hand zu nehmen. Wir unterstützen die Regierung in Quito mit unserer breiten Expertise auf diesem Gebiet.

BWP Abschließend noch eine Frage an alle mit der Bitte um eine kurze Antwort. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht in der nächsten Zeit in Angriff zu nehmen, um die Gesamtstrategie der Bundesregierung auszubauen?

BÖHMER Die Zentralstelle sollte durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit bei allen wichtigen Akteuren noch bekannter gemacht werden. Und das Personal sollte weiter verstärkt werden, auch durch Entsendungen aus anderen Ressorts und Verbänden der Wirtschaft.

Denkbar wäre eine Betreuung der im Ausland etablierten »Runden Tische« durch GOVET. Dazu könnten mittelfristig Außenvertretungen aufgebaut werden, die vor Ort Regierungen, Behörden, Wirtschaft, Schulen usw. bei ihren Projekten beraten und unterstützen könnten.

Mir ist es ein besonderes Anliegen, auch noch mehr deutsche Auslandsschulen einzubinden. Berufsbildende Zweige an diesen Schulen haben exemplarische Funktion und sind ein gutes ergänzendes Angebot, um unser erfolgreiches System der dualen Berufsbildung überzeugend zu exportieren.



Foto: BMWi

»Angesichts des Mangels an Auszubildenden in bestimmten Berufen wäre Einvernehmen darüber herzustellen, wie der Zuzug von Auszubildenden aus Drittstaaten erleichtert werden kann.«

MATTHIAS MACHNIG, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

MACHNIG Für das BMWi ist die Fortsetzung der oben genannten Aktivitäten von Nutzen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich GOVET bewährt hat; daher ist der Zentralstelle für Internationale Berufsbildungskooperation für die geleistete Arbeit zu danken. Konkrete Änderungen oder zusätzliche in der nächsten Zeit in Angriff zu neh-

mende Maßnahmen werden vom BMWi nicht angestrebt.

KITSCHALT Bei der Stärkung der Ressortkohärenz sind wir auf einem guten Weg, müssen auf diesem aber auch weiterhin konsequent voranschreiten. Formate wie der »Runde Tisch« und GOVET müssen daher gezielt genutzt und weiterentwickelt werden. Transparenz, Information und Dialog sind wichtige Motoren für eine noch engere Kooperation der Ressorts. Wir als BMZ sehen hier Potenzial für weitere gemeinsame Aktivitäten. Die Abstimmung in der deutschen Berufsbildungskooperation zwischen den Durchführungsorganisationen sollte daher aktiv gefördert und vertieft werden. Die Unterstützung der Zentralstelle GOVET als ressortunabhängige Servicestelle und als zentraler Ansprechpartner für die Berufsbildungszusammenarbeit bleibt auch in Zukunft elementarer Bestandteil unseres Ansatzes. Das BMZ spricht sich daher auch für eine Stärkung und für den Ausbau von GOVET als zentrale Anlaufstelle aus. So kann GOVET sich als Instrument der gesamten Bundesregierung und damit als »deutsche Marke« international etablieren.

ASMUSSEN Die Gesamtstrategie ist zum jetzigen Zeitpunkt ein gutes Jahr alt. Schon heute zeigt sich, dass die beteiligten Akteure von dem Austausch in hohem Maße profitieren und die strategische Abstimmung intensiviert und verbessert werden konnte. Trotz allem glaube ich, dass wir uns im kommenden Jahr weiter auf die Umsetzung der bereits beschlossenen Ziele und Maßnahmen und die inhaltliche Tiefe des Austausches konzentrieren sollten. Nur so können wir gegenüber unseren internationalen Partnern in der Berufsbildungskooperation geschlossen auftreten und die geweckten Erwartungen in vollem Umfang erfüllen. Vor allem mit Blick auf die geschlossenen Kooperationsvereinbarungen scheint es besonders wichtig, dass wir diese umfassend, effizient und durch das Zusammenwirken aller Akteure in die Praxis umsetzen.

SCHÜTTE Die »one-stop-shop«-Funktion der Zentralstelle GOVET, also die Funktion als erster Anlaufpunkt für Interessierte aus dem Ausland, hat sich bewährt und sollte ausgebaut werden. Es wird deutlich, dass viele Staaten, die an einer Kooperation mit Deutschland in der Berufsbildung interessiert sind, ihren Bedarf an Fachinformationen und Vermittlung von Ansprechpartnern gut durch eine Kooperation mit GOVET decken können.

Hier sollte das Informationsangebot der Zentralstelle weiterentwickelt und ausgebaut werden. Wir möchten dabei gerne alle Akteure aufrufen, die teilweise schon jetzt vorhandenen Datenbanken mit ihren Aktivitäten zu füllen und damit zur Wirkung solcher Instrumente beizutragen.

Im Übrigen ist die Basis für eine vertrauensvolle und enge Partnerschaft zwischen den deutschen Akteuren gelegt. Nun gilt es, diesen Geist der Partnerschaft konsequent weiterzuverfolgen. ◀

(Interviews: Christiane Jäger, Arne Schambeck)